

Orientierungshilfe für die Praxis: Leitfäden zur Umsetzung kommunaler Wärmepläne

Hinweise vorab:

- Fragen können jederzeit über den Chat gestellt werden
- Die Präsentationsfolien werden Ihnen im Nachgang zugesandt

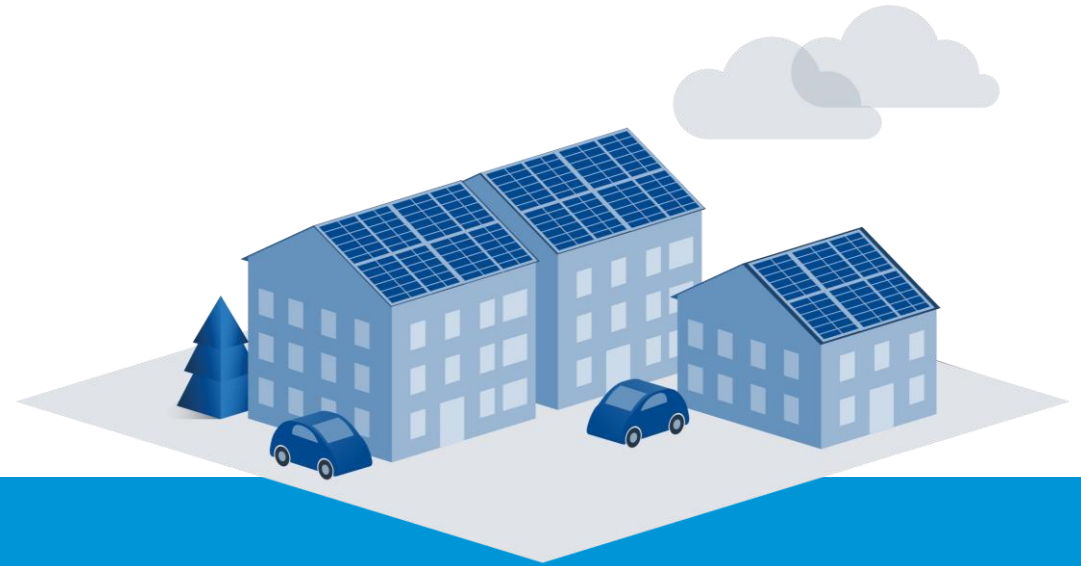
Online-Webinar

Oliver Antoni, Julia Gattner, Svenja Henschel, Prof. Dr. Jürgen Knies, Milan MatuBek

12.2.2026

Agenda

- ▶ Begrüßung und Überblick über die drei akteursspezifischen Leitfäden
 - Kommunen
 - Energieversorgungsunternehmen (EVU)
 - BürgerInnen
- ▶ Vertiefung: Prozessorganisation und Beteiligung
- ▶ Vertiefung: Detailplanung und Maßnahmenumsetzung
- ▶ Vorstellung des Prozessmodells
- ▶ Diskussion



Überblick über die drei akteursspezifischen Leitfäden

Leitfaden für Kommunen – Prozessschritte und Fokuskapitel

LEITFADEN ZUR UMSETZUNG DER KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG



Im Projekt von:

Stiftung
Umweltenergierecht

adelphi
RESEARCH

HSB

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

zugrundeliegende Beschluss
des Deutschen Bundestages

1. Prozessorganisation in der kommunalen Verwaltung und mit externen AkteurInnen
 - FOKUS 1: Kooperationsmöglichkeiten der Kommune
2. Integration in kommunale Planungsinstrumente
 - FOKUS 2: Mittel des Bauplanungs- und besonderen Städtebaurechts
3. Detailplanung und Maßnahmenumsetzung
 - FOKUS 3: (Weiter-)Entwicklung kommunaler Fördermaßnahmen – Altbauförderung in Oldenburg
4. Monitoringsystem
 - Best Practice: Entwicklung eines Monitoringkonzepts am Beispiel der Stadt Würzburg

Leitfaden für EVU – Prozessschritte und Fokuskapitel

LEITFADEN ZUR UMSETZUNG DER KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG



1. Interne und externe Prozessorganisation
2. Detailplanung und Maßnahmenumsetzung
 - FOKUS: Vorgaben für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Wärmenetzen
3. Monitoringsystem

Ein Projekt von:

Stiftung
Umweltenergierecht

adelphi
RESEARCH

HSB

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Leitfaden für BürgerInnen – Prozessschritte und Fokuskapitel

LEITFADEN ZUR UMSETZUNG DER KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG



1. Beteiligung und Engagement
 - FOKUS 1: ClimateHub Würzburg
2. Detailplanung und Maßnahmenumsetzung
 - FOKUS 2: Vorgaben für Neubauten und Bestandsgebäude
 - FOKUS 3: Erneuerbare-Energien-Gemeinschaften (EE-Gemeinschaften)

Ein Projekt von:

Stiftung
Umweltenergierecht

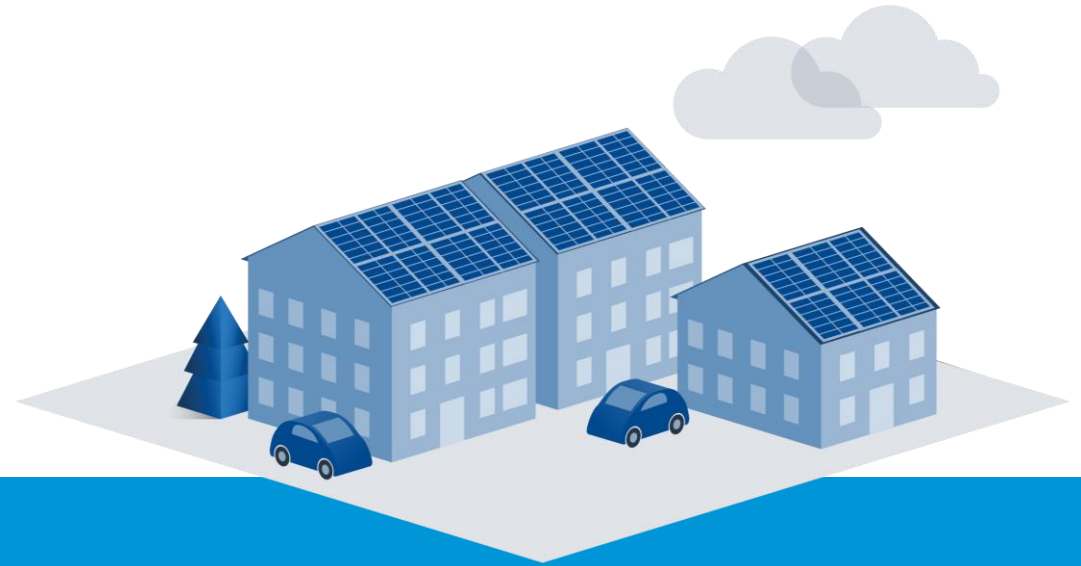
adelphi
RESEARCH

HSB

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Vertiefung: Prozessorganisation und Beteiligung

Kommunen

Prozessorganisation in der kommunalen Verwaltung und mit externen AkteurInnen

Aufgaben der Kommune und Handlungsempfehlungen	Formate der Zusammenarbeit
<ul style="list-style-type: none">• Koordination mit relevanten internen und externen AkteurInnen• Definition klarer Zuständigkeiten und Ansprechpersonen für Prozessorganisation und Maßnahmenumsetzung• Vereinfachung bestehender und Entwicklung neuer Prozesse• Nach Möglichkeit: Schaffung neuer Stellen• Optimierung interner Verwaltungsabläufe	<ul style="list-style-type: none">• Austauschformate, Koordinationsrunden und fachliche AGs• Amtsübergreifende Zusammenarbeit stärken• Fachliche Weiterbildungen• Einbindung externer AkteurInnen (EVU, Wohnungsbaugesellschaften, Handwerksbetriebe)• Interkommunale Zusammenarbeit stärken <p>→ Fokus 1: Kooperationsmöglichkeiten der Kommune</p>

EVU

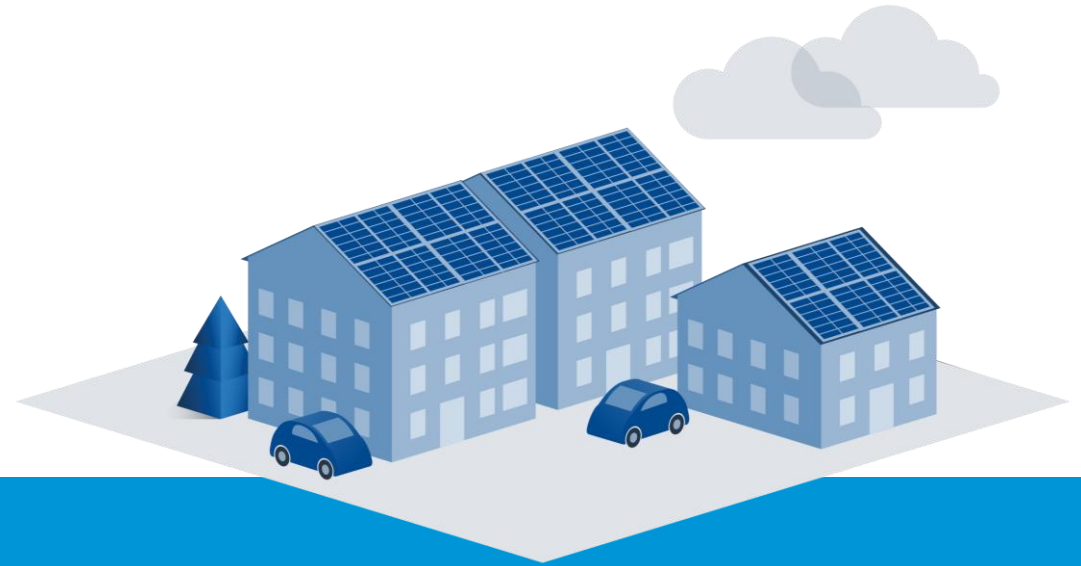
Interne und externe Prozessorganisation

Aufgaben der EVU und Handlungsoptionen	Formate der Zusammenarbeit
<ul style="list-style-type: none">• Anpassung interner Strukturen und Abläufe an Anforderungen der Wärmeplanung• Gezielte Zusammenarbeit mit Kommunen und BürgerInnen• Unterstützung der Kommunen durch fachliche Expertise und Datenbereitstellung• Aktive Mitgestaltung der Wärmewende und des Wärmenetzausbaus• Direkte und transparente Kommunikation zu Projekten, Anschlussmöglichkeiten und Preisen gegenüber BürgerInnen• Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk	<ul style="list-style-type: none">• Austauschformate / Strategiegelgespräche mit Kommunen und anderen relevanten AkteurInnen• Einsatz innovativer klimaneutraler Lösungen• Direkter Kontakt zu BürgerInnen auf Stadtfesten oder Informationsveranstaltungen, aber auch über digitale und schriftliche Angebote• Zusammenarbeit mit EE-Gemeinschaften• Kooperationsgesellschaften mit Kommunen

BürgerInnen

Beteiligung und Engagement

Formate der Vernetzung mit anderen AkteurInnen	Handlungsempfehlungen
<ul style="list-style-type: none">• Informationsveranstaltungen: Wärmeplan-Infoveranstaltungen oder Energiestammtische → <i>FOKUS 1: ClimateHub Würzburg</i>• Digitale Beteiligungsplattformen: Vernetzung mit anderen BürgerInnen und Best Practices → <i>FOKUS 1: ClimateHub Würzburg</i>• Nachbarschaftsinitiativen: Erfahrungsaustausch und Entwicklung gemeinsamer Lösungen für eine nachhaltige Energieversorgung• EE-Gemeinschaften: Gründung kooperativer Organisationen, z. B. Wärmegenossenschaft → <i>FOKUS 3: EE-Gemeinschaften</i>	<ul style="list-style-type: none">• (Fach-)Wissen ausbauen durch Beratungsangebote, Informationsmaterialien und Nachfrage bei den lokalen EVU• Zusammenschluss in Initiativen, AGs und EE-Gemeinschaften• Verteilung der Aufgaben auf mehrere Schultern• Unterstützung durch Kommune, Verbände oder Energieagenturen• Nutzung digitaler und analoger Plattformen zur Vernetzung• Schaffung zentraler Anlaufstelle



Vertiefung: Detailplanung und Maßnahmenumsetzung

Kommunen

Rollen der Kommune und mögliche Umsetzungsmaßnahmen

Verbraucherin

- Umstellung der Wärmeversorgung kommunaler Gebäude auf erneuerbare Energien
 - Kommunale Gebäude als Ankerkunden für Wärmenetze
 - Energetische Sanierung der kommunalen Gebäude
 - Energie(einspar)-Contracting
- ...

Versorgerin

- Beauftragung von Machbarkeitsstudien und Transformationsplänen
 - Errichtung und Betrieb von Wärmenetzen (z. B. kommunaler Betrieb, Gründung einer ÖPP, Beteiligung an einer EE-Gemeinschaft)
 - Bereitstellung gemeindeeigener Wegeflächen für die Verlegung von Infrastrukturen
- ...

Reguliererin

- Ausweisungsentscheidung
 - Anschluss- und Benutzungszwang
 - *FOKUS 2: Mittel des Bauplanungs- und besonderen Städtebaurechts*
- ...

Motivatorin

- Informationsveranstaltungen und (aufsuchende) Beratungsangebote
 - Unterstützung bei der Gründung von EE-Gemeinschaften
 - *FOKUS 3: (Weiter-)Entwicklung kommunaler Fördermaßnahmen – Altbauförderung Oldenburg*
- ...

Förderprogramme für Kommunen

Förderprogramme für Kommunen

- Bundesförderung für effiziente Gebäude (**BEG**): Einzelmaßnahmen an Bestandsgebäuden
- Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (**BEW**): Machbarkeitsstudie und Transformationsplan, Wärmenetze, Betriebskosten Wärmepumpe und Solarthermie
- **KfW-Programm 432** „Energetische Stadtsanierung“: Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Quartieren und Beschleunigung der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung
- Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**): Je nach Bundesland Stärkung des Handwerks bis hin zu Machbarkeitsstudien und Sanierung öffentlicher Gebäude (z. B. NRW: Fördermittel für die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden)
- Förderung von **Probebohrungen Geothermie**: NRW und Niedersachsen unterstützen die Untersuchung des Potenzials von Tiefengeothermie finanziell

EVU

Aufgaben der EVU in den Wärmeversorgungsgebieten

Gebiet für die dezentrale Wärmeversorgung	Wärmenetzgebiet	Prüfgebiet
<ul style="list-style-type: none"> KundInnen erneuerbare Heizungsmöglichkeiten anbieten Contracting-Modelle Stromtarife für PTH-Anlagen Machbarkeit für Inselnetze bzw. Gebäudenetze prüfen und umsetzen Gasnetzstilllegung Prüfung der Stromnetzsituation (ggf. Stromnetzausbau/ Stromnetzertüchtigung) 	<ul style="list-style-type: none"> Wärmenetzaus- und-neubau Machbarkeitsstudien Dekarbonisierung von bestehenden Wärmenetzen Transformationspläne Pop-Up-Heizungen <p>→ <i>FOKUS: Vorgaben für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Wärmenetzen</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> Machbarkeit für Inselnetze bzw. Gebäudenetze prüfen und umsetzen Wärmepumpen-Eignungscheck Sektorübergreifende Quartierslösungen Machbarkeit von kalten Wärmenetzen gemeinsam mit den Kommunen prüfen

Fokus: Vorgaben für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Wärmenetzen

Vorgaben für den Ausbau und die Dekarbonisierung von Wärmenetzen

- **Keine Pflicht zum Wärmenetzausbau/-neubau**
 - Weder die Gebietseinteilung im Wärmeplan noch eine gesonderte Ausweisungsentscheidung begründen eine Pflicht der EVU zur Errichtung oder zum Betrieb eines Wärmenetzes (§ 18 Abs. 2, § 27 Abs. 2 WPG)
- Pflicht zur Erstellung eines **Wärmenetzausbau- und -dekarbonisierungsfahrplans** (§ 32 WPG)
 - Ersterstellung bis Ende 2026 und Überprüfung alle fünf Jahre
 - Verpflichtende Berücksichtigung des Wärmeplans
- Umfangreiche **Vorgaben für die Dekarbonisierung** der Wärmenetze (§§ 29 ff. WPG)
 - Verbindliche, zeitlich gestaffelte Vorgaben für den Energiemix mit Differenzierung Neu-/Bestandsnetz
 - Vollständige Klimaneutralität aller Wärmenetze (EE/unvermeidbare Abwärme) bis 2045
- Möglichkeit der EVU zum **Abschluss eines Vertrags i. S. d. § 71j GEG** mit den jeweiligen GebäudeeigentümerInnen, um die Voraussetzungen für die **Übergangsfrist** für die Einhaltung der **65 %-EE-Vorgabe** bis zum Anschluss an das geplante Wärmenetz zu erfüllen

BürgerInnen

Handlungsempfehlungen je nach Wärmeversorgungsgebiet (1)

Gebiet für die dezentrale Wärmeversorgung	Wärmenetzgebiet
<ul style="list-style-type: none">• Information über erneuerbare Heizsysteme wie Wärmepumpen, Pelletheizungen und Solarthermie• Nutzung von Beratungsangeboten der Kommune, EnergieberaterInnen oder Eigenrecherche• Vergleich lokaler Anbieter, Leistungen und Preise• Unterstützung durch Handwerksbetriebe• Vernetzung in der Nachbarschaft, Erfahrungsaustausch zu neuen Heizungsanlagen• Prüfung von Wirtschaftlichkeit gemeinsamer Nahwärmenetze → <i>FOKUS 3: EE-Gemeinschaften</i>	<ul style="list-style-type: none">• Information zu etwaigen Anschlussmöglichkeiten bei den örtlichen EVU einholen• Frühzeitiges Anfragen: Wärmenetzbetreiber benötigen hohe Anschlussquoten zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit des Aus- und Neubaus von Wärmenetzen• Gemeinsame Koordination innerhalb der Nachbarschaft zu bestehenden Interessen an einem Wärmenetzanschluss

Handlungsempfehlungen je nach Wärmeversorgungsgebiet (2)

Prüfgebiet	Teilgebiet mit erhöhtem Energieeinsparpotential
<ul style="list-style-type: none">• Informationen zu Zeitplänen und Optionen zur Wärmeversorgung für das jeweilige Gebiet bei der Kommune einholen• Nutzung der Übergangszeit:<ul style="list-style-type: none">– Intakte Heizung = Zeit für eine Abwägung zwischen den verschiedenen Heizoptionen– Notwendiger Heizungstausch = Information über erneuerbare Heizsysteme und Hybridlösungen• Gemeinschaftliche Organisation eines Wärmenetzes, wenn notwendige technische Voraussetzungen gegeben sind → <i>Fokus 3: EE-Gemeinschaften</i>	<ul style="list-style-type: none">• Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen (z. B. Dämmung von Dach, Wänden und Kellerdecke, Fenstertausch, Einbau programmierbarer Thermostate)• Geringer Wärmeverbrauch senkt Heizkosten und reduziert CO₂-Fußabdruck

Fokus 2: Vorgaben für Neubauten und Bestandsgebäude → Schwerpunkt: 65 %-EE-Vorgabe gemäß §§ 71, 71b ff. GEG

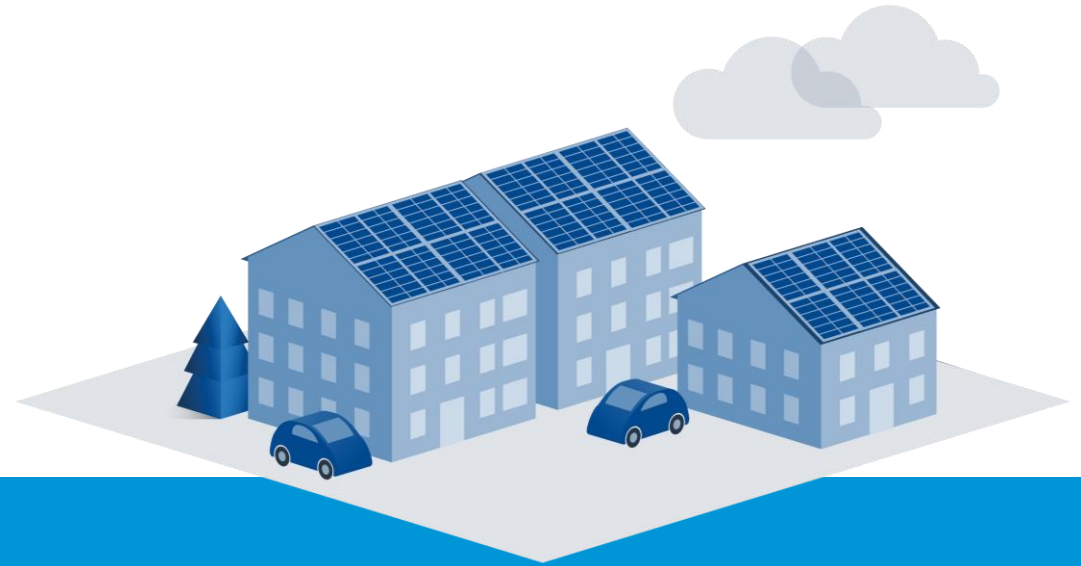
65 %-EE-Vorgabe gemäß §§ 71, 71b ff. GEG

- 65 %-EE-Vorgabe: Betrieb **neu** eingebauter Heizungen mit mind. **65 % erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme** (§ 71 Abs. 1 GEG)
- Erfüllungsoptionen für die 65 %-EE-Vorgabe:
 - Erbringung eines **Nachweises** bei Wahlfreiheit der Technologie (§ 71 Abs. 2 GEG)
 - **Erfüllungsfiktion** ohne Nachweiserfordernis bei bestimmten Technologien wie z. B. der Wärmepumpe oder dem Anschluss an ein Wärmenetz (§ 71 Abs. 3 GEG)
- Beginn der Wirkung der 65 %-EE-Vorgabe:
 - **Neubauten** innerhalb eines „Neubaubereichs“: **1.1.2024**
 - **Bestandsgebäude** und Neubauten zur Baulückenschließung außerhalb von „Neubaubereichen“ i. S. d. § 71 Abs. 10 GEG: **Übergangsfrist** des § 71 Abs. 8 GEG
 - Gemeindegebiet > 100.000 EinwohnerInnen: 1.7.2026
 - Gemeindegebiet ≤ 100.000 EinwohnerInnen: 1.7.2028
 - Vorzeitige Auslösung der 65 %-EE-Vorgabe mittels Ausweisungsentscheidung

Förderprogramme für BürgerInnen

Förderprogramme für BürgerInnen

- Bundesförderung für effiziente Gebäude (**BEG**): Einzelmaßnahmen an Bestandsgebäuden
- Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (**BEW**): Machbarkeitsstudie und Transformationsplan, Wärmeerzeugung und Netzbau, Betriebskosten Wärmepumpen und Solarthermie
- Bundesförderung für Energieberatung für Wohngebäude (**EBW**): Eine Energieberatung am eigenen, gemieteten oder verpachteten Gebäude wird finanziell bezuschusst
- Förderung von **Probebohrungen Geothermie**: NRW und Niedersachsen unterstützen die Untersuchung des Potenzials von Tiefengeothermie finanziell
- **Zinsgünstige Darlehen**: z. B. bei der **KfW**
- NRW, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bieten finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für den **Aufbau von bürgerschaftlichen Energieprojekten** an



Vorstellung des Prozessmodells

Prozessmodell: Vom Plan zur Umsetzung

Schritt 1: Grundsätze der Umsetzung

- Verständigung der kommunalen Ressorts über die Ziele der Wärmeplanung und die thematischen Überschneidungen der Ressorts in Bezug auf ihre Zuständigkeiten
- Regelmäßiger Wissensaustausch über Technologien, Synergieeffekte, Flächenansprüche etc.

Schritt 2: Zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner (zAP) für Wärmeversorgungsgebiete

- Kommunikationsbündelung über neutrale „Kümmerer/Kümmerinnen“
- Begleitung des Aushandlungsprozesses

Prozessmodell: Vom Plan zur Umsetzung

Schritt 3: Operationalisierung / Aushandlungsprozess

- Konkretisierung der Umsetzungsgrundsätze im jeweiligen Wärmeversorgungsgebiet
- Räumliche Spezifizierung und ggf. eine den lokalen Bedingungen angepasste Differenzierung von Maßnahmen ermöglichen
- Brücke zwischen Individualinteressen und Gesamtstrategie der kommunalen Wärmeplanung
- Aktivierung und Moderation von bürgerschaftlichem Engagement (gemeinschaftliche Wärmeversorgungslösungen, Einkaufsgemeinschaften etc.); s. a. Mind the Gap: Kalte Nahwärme als Möglichkeit zur finanziellen Teilhabe an der Wärmewende; <https://doi.org/10.26092/elib/3336>

Prozessmodell: Vom Wärmeplan zur Umsetzung

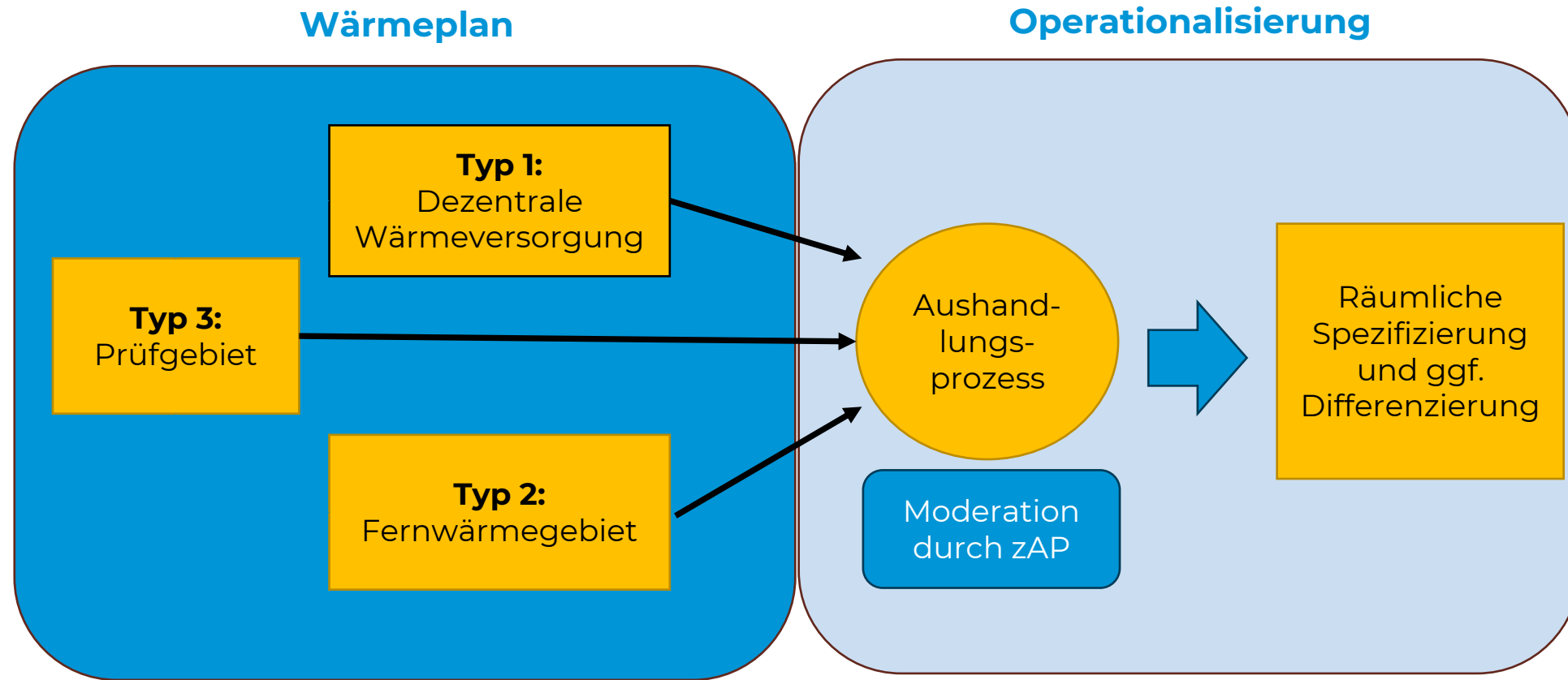


Abbildung: Die Operationalisierung der Wärmeplanung

Aushandlungsprozess

Übergeordnete Aspekte des Aushandlungsprozesses

- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie zur Koordinierung des Gasausstiegs
- Sanierungsberatung (Fokus: Worst Performing Buildings)
- Einbindung der Wohngeldstellen, Bürgergeldstellen (Heizkostenübernahme, Aufstockung)
- Abstimmung mit städtebaulichen Entwicklungsabsichten

Aushandlungsprozess

TYP 1: GEBIET FÜR EINE DEZENTRALE WÄRMEVERSORGUNG

- Prüfung der Stromnetzsituation → Ertüchtigung, Ausbau → Baustellenmanagement
- Kommunale Möglichkeiten für Solarpflicht bzw. Solaranreiz ausloten
- Flächenverfügbarkeit für Quartiersstromspeicher klären
- Ggf. Prüfung von potentiellen Mikronetzen/Gebäudenetzen
- Thema Grenzabstände für Luft-Wasser-Wärmepumpen → Musterlösungen vorstellen
- Ggf. Anfahrtsregelungen für Pelletbunker klären

Aushandlungsprozess

TYP 2: FERNWÄRMEGEBIET

- Abfrage der Anschlussbereitschaft bei Bürgerinnen und Bürgern
- Baustellenmanagement, Vorbereitung von Abzweigungen für Hausanschlüsse, „Leerrohre“
- Einbindung öffentlicher Liegenschaften als Ankerkunden (first mover)
- Klärung der Flächenverfügbarkeit/Wegenutzungsrechte
- Anschlussgrad: Kommunikation von Anschlusslücken
- Aufklärung über Sonderkündigungsrechte
- Lösungswege für Gebäude mit Option für dezentrale Wärmeversorgung

Aushandlungsprozess

TYP 3: PRÜFGEBIET

- Ergebnisoffene Vorstudie zur Abwägung dezentrale Wärmeversorgung / Niedertemperaturnetz / Fernwärmenetz; Voranalyse der sozio-ökonomischen Verhältnisse
- Vertiefter Dialog über Möglichkeiten bürgerschaftlicher Lösungen/Anergienetze
- Ggf. Ausschreibung von Teilgebieten (Anergienetze, Mikronetze) bzw. Prüfung von Verbindungsleitungen zu einem potentiellen Fernwärmenetz
- Nach Klärung: Übergang in den Aushandlungsprozess für eine dezentrale Wärmeversorgung bzw. leitungsgebundene Wärmeversorgung (Fernwärme bzw. Niedertemperaturnetz)

Diskussion

Verabschiedung

- ▶ Veröffentlichung der Leitfäden
 - ▶ Kommunen
 - ▶ EVU
 - ▶ BürgerInnen
- ▶ Projektseite „KoWaP-Pro“
- ▶ Projektseite adelphi (Milan Matußek; matussek@adelphi.de)
- ▶ Prof. Dr. Jürgen Knies (HS Bremen)
- ▶ BEWEGT – Die Energiewende-Gesellschaft
- ▶ Wie geht unsere Forschung weiter?
 - KOM-BINDU
 - KWP-Boost (geplant)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



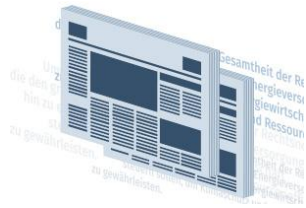
Juristen forschen für ein neues Klima

Wir suchen kreative Köpfe für unser Team.

Mehr Infos auf unserer Karriereseite:
www.stiftung-umweltenergierecht.de/karriere



Bleiben Sie auf dem Laufenden



Newsletter

Info | Stiftung Umweltenergierecht informiert periodisch über die aktuellen Entwicklungen



Webseite

www.umweltenergierecht.de als Informationsportal



Social Media

aktuelle Informationen auf X und LinkedIn



Unterstützen Sie unsere Forschung



Forschung fördern und gemeinsam mehr bewirken

Mit Ihrer Spende unterstützen Sie zweckgebunden die Forschung der Stiftung Umweltenergierecht über die Grundfinanzierung hinaus und leisten damit einen wichtigen Beitrag für das zukünftige Recht der Erneuerbaren Energien und eine nachhaltige Energieversorgung.

Kontakt

Christiane Mitsch

Leitung Fundraising und Stakeholdermanagement

T: +49 1520 7435953

M: mitsch@stiftung-umweltenergierecht.de

Spendenkonto

Sparkasse Mainfranken

IBAN: DE16 7905 0000 0046 7431 83

BIC: BYLADEM1SWU

Oliver Antoni

antoni@stiftung-umweltenergierecht.de

Tel: +49-931-79 40 77-0

Fax: +49-931-79 40 77-29

Twitter/X: @Stiftung_UER

Friedrich-Ebert-Ring 9 | 97072 Würzburg

www.stiftung-umweltenergierecht.de

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Zustiftungen und Spenden für laufende Forschungsaufgaben.

Spenden: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE16790500000046743183

Zustiftungen: BIC BYLADEM1SWU (Sparkasse Mainfranken Würzburg)
IBAN DE83790500000046745469

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages